

# Rhein-Hunsrück

**MORGEN STARTET  
DIE MESSE!**
**8./9. JUNI 2024**

 Gelände der evm  
Ludwig-Erhard-Straße 8  
56073 Koblenz

**EINTRITT FREI!**

 KOBLENZER  
**AUTO  
SHOW**
**Rhein-Zeitung**  
und Ihre Heimatausgaben

## Moratorium für den Kreis beschlossen

Planungsgemeinschaft stimmt einmütig für Variante, die auf Ausweisung von weiteren Flächen im Kreis weitgehend verzichtet

Von Philipp Lauer

**Koblenz/Rhein-Hunsrück.** Einmütig hat die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald gestern einen Beschluss gefasst, der viele Menschen im Rhein-Hunsrück-Kreis erleichtert aufatmen lassen dürfte: Die Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans (RROP) zum Kapitel Energiegewinnung und -versorgung (3.2) geht in die Offenlegung und zwar in der Variante „Moratorium Rhein-Hunsrück“. Dieses sieht vor, dass im Rhein-Hunsrück-Kreis für den weiteren Ausbau der Windkraft nur noch Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen, die Potenzialflächen für Vorranggebiete Windenergienutzung sind, in Flächennutzungsplänen der Kommunen festgeschrieben sind oder auf denen schon Anlagen stehen. Im zuletzt vorliegenden Entwurf sah das noch ganz anders aus, man musste damit rechnen, dass ein Großteil der neu auszuweisenden Flächen im Rhein-Hunsrück-Kreis liegen (wir berichteten).

Mit der Fortschreibung des RROP kommt die Planungsgemeinschaft dem Wind an Land-Gesetz des Bundes nach, das sogenannte Flächenbeitragswerte für die Bundesländer festlegt, erklärte Andreas Eul, der leitende Planer von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord. Demnach sind in Rheinland-Pfalz bis Ende 2027 1,4 Prozent und bis Ende 2032 2,2 Prozent der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Im Landeswindenergiegebietegesetz (LWindGG) ist unter anderem geregelt, dass die so überarbeiteten RROP bis jeweils Ende 2026 und 2029 der Obersten Landesplanungsbehörde (SGD Nord) zur Genehmigung vorzulegen sind. Eine wesentliche Änderung sei, dass man nun eine Positivplanung betreibt. Die Raumordnung begründet, welche Flächen für die Windkraft vorgesehen sind und nicht länger, welche Flächen nicht.

Werden diese Ziele nicht erreicht, droht die Öffnung des gesamten Außenbereichs, und Windenergie würde verschärft privilegiert. Das hieße etwa, dass Flächennutzungspläne und Ziele der Raumordnung der Windenergie nicht mehr entgegeng gehalten werden könnten und landesgesetzliche Mindestabstandsregelungen entfielen, führte Eul aus.

Der nun beschlossene Entwurf weist eine Fläche von rund 1,9 Prozent der Landesfläche für die Windenergie aus. Die Chancen stehen also gut, dass auch nach der Offenlage das Ziel von 1,4 Prozent erfüllt werden kann. Zumal wäh-



In den vergangenen Wochen stand zu befürchten, dass zu den 301 Windrädern im Rhein-Hunsrück-Kreis, wie hier im Wald bei Buch, noch eine ganze Reihe weitere hinzukommen. Ein Großteil zusätzlicher Flächen sollte im Kreisgebiet ausgewiesen werden. Das ist nun vorerst vom Tisch. Foto: Werner Dupuis

rend der Offenlage auch noch zusätzliche Flächen erfasst werden können, die auf kommunaler Ebene ausgewiesen sind oder werden sollen. Denn nur die im RROP erfassten Flächen werden bei der Ermittlung des Flächenbeitragswerts berücksichtigt.

Nach den Vorsitzenden der Fraktionen (siehe Infokasten) meldete sich Landrat Volker Boch zu

**„Es ist nicht so, dass wir im Rhein-Hunsrück-Kreis aus der Energiewende aussteigen wollen, im Gegenteil.“**

Landrat Volker Boch.

Wort. „Es ist nicht so, dass wir im Rhein-Hunsrück-Kreis aus der Energiewende aussteigen wollen, im Gegenteil“, sagte Boch. Man gelte seit langem als Vorreiterregion und bringe sich auch aktuell mit Pionierprojekten ein. Man müsse aber fragen, wie man die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe lösen könne. In den Flächenzielen liege auch eine große Chance für viele Kommunen, die gerne Windkraftflächen ausweisen möchten. Diesen werde der Beschlussvorschlag gerecht, den er als einen guten Kompromiss sieht.

„Hier wurde ein gemeinsamer Weg gefunden, weil man ihn finden wollte“, sagte Boch, es sei ihm ein persönliches Anliegen, sich für den Einsatz zu bedanken, mit dem dieser Kompromiss in einer kurzfristig anberaumten Sitzung der Lenkungsgruppe des Regionalvorstands auf den Weg gebracht wurde. „Und bei den Planern für die viele Arbeit in diesem extrem kurzen Zeitfenster, das war eine große Leistung“, sagte Boch.

Nach der Sitzung zeigte sich der Landrat im Gespräch mit unserer Zeitung erleichtert und froh. Auf den einstimmigen Beschluss hatte er zwar gehofft, aber rechnen habe man nicht damit können. „Es ist klar geworden, dass wir die gesetzlichen Vorgaben erfüllen können und dass der Rhein-Hunsrück-Kreis diesem Ziel nicht entgegen steht. Vielmehr ist mein Eindruck, dass es in der Planungsgemeinschaft als gemeinschaftliche Aufgabe gesehen wird, darauf hin zu arbeiten“, sagte Boch.

Auch Peter Enders, Vorsitzender der Planungsgemeinschaft und Landrat des Landkreises Altenkirchen, war erfreut über die große Einmütigkeit der kommunalen Familie. Der gefasste Beschluss ermögliche es, im Zeitplan zu bleiben. „Der Rhein-Hunsrück-Kreis hatte berechtigterweise Bedenken

geäußert. Es soll nicht sein, dass ein Kreis, der seit vielen Jahren die Last der Energiewende trägt, dermaßen zusätzlich belastet wird“, hatte er einleitend gesagt. Viele Landkreise, seien seit langem sehr daran interessiert, Flächen auszuweisen, geraten aber an die Grenzen der rechtlichen Rahmenbedingungen, erklärte Enders und nannte den Landkreis Altenkirchen als Beispiel. Er hoffe, dass sich diese in absehbarer Zeit ändern und die Suche nach Flächen für die Kommunen erleichtern.

### Stimmen aus den Fraktionen in der Regionalvertretung

„Alles wird gut“, sagte Thomas Przybylla CDU-Fraktion (Kreis Mayen-Koblenz), zu der „sehr konstruktiven Diskussion“ in den Gremien. Mit dem gefassten Beschluss könne man allen Interessen berücksichtigen und voraussichtlich die Vorgaben der Landesregierung erfüllen. Von den aktuellen 1,9 sei der Weg zu den geforderten 2,2 Prozent, insbesondere, weil einige Flächenvorschläge noch nicht berücksichtigt seien. Auch Horst Rasbach, SPD-Fraktion, (Landkreis Neuwied) zeigte sich in der Hinsicht optimistisch, dass man mit 1,9 Prozent ausgewiesener Flächen das Ziel von 1,4 auch nach dem Beteiligungsverfahren erreichen könne:

Die Offenlage der Teilfortschreibung des RROP wird im Staatsanzeiger sowie der Internetseite der SGD Nord bekanntgegeben. Unter anderem soll diese auch über eine digitale Plattform ermöglicht werden. Nähere Infos dazu sollen mit der Bekanntmachung folgen. Voraussichtlich ab dem kommenden Frühjahr wird sich die Planungsgemeinschaft dann erneut mit der RROP befassen, wenn die Rückmeldungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gewürdigt und eingearbeitet sind.

„Viele Gemeinden landauf, landab suchen nach Flächen für die Windkraft.“ Uwe Diederichs-Seidel, Bündnis 90/ Die Grünen (Stadt Koblenz), bescheinigte dem Rhein-Hunsrück-Kreis seine Rolle als positives Beispiel für die Windenergie, auch wenn sie mittlerweile in der Diskussion häufig negativ gesehen werde. „Die Energiewende ist eine große Aufgabe, die auch in den Kommunen zu erledigen ist. Wir sollten mit offenen Augen durch unsere Gemeinden gehen und zum Beispiel nach schon versiegelten Flächen wie Parkplätzen Ausschau halten, über denen man zum Beispiel wie in Frankreich große PV-Anlagen bauen könnte.“ phl

Guten Morgen

 Thomas Torkler  
zum Demokratietag


## Schlau und demokratisch wählen

Wenn es ein Element, eine Handlung oder eine Aktion gibt, die ein zentraler Bestandteil einer Demokratie ist, dann ist es die Wahl. Da passte es am gestrigen Donnerstag bestens, dass in der Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Kirchberg am Demokratietag, dem 6. Juni, genau das praktiziert wurde. Es wurde gewählt. Alle Schulen in Deutschland waren um 9.30 Uhr aufgerufen, ein Zeichen für Demokratie und Vielfalt zu setzen.

Und weil an der KGS zurzeit im Sozialkundeunterricht ein Projekt läuft, bei dem Europa- und Kommunalwahl behandelt werden, konnte es keinen besseren Zeitpunkt geben, um eine Wahl durchzuspielen. In der Aula war ein Wahllokal eingerichtet. Am Eingang erhielten Schüler ihre Wahlzettel, damit gingen sie in die aufgestellten Wahlkabinen, und nachdem das Kreuzchen gemacht war, wanderten die Wahlzettel in die bereitstehende Urne. Ganz so, wie es am Sonntag auch der Fall sein wird. Wenig überraschend war, dass es unter den Schülern keine Diskussion darüber gab, ob das Herabsetzen des Mindestalters für die Wahlberechtigung gut oder weniger gut ist.

Bemerkenswert, dass ein 15-jähriger Schüler auf die Frage, ob er die Wahlberechtigung ab 16 für richtig hält, antwortete, er würde „trotzdem“ zur Wahl gehen, wenn er dürfte. Auf die Nachfrage, warum er „trotzdem“ gesagt habe, antwortete er, es gehe schließlich darum, gegen die antidemokratischen Tendenzen vorzugehen und deutlich zu machen, dass es um den Rechtsstaat gehe und die Erhaltung der Demokratie. Wer zur Wahl gehe, dürfe nicht einfach nur hingehen, sondern müsse sich zuvor informieren, denn es gelte „schlau und demokratisch“ zu wählen. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Unser Wetter



### Trockenes Wetter

Der schwache Hochdruckeinfluss sorgt am Rhein und im Hunsrück nach örtlichem Nebel oder Hochnebel für trockenes Wetter bei Sonne und Wolken. Nachmittags werden 19 bis 24 Grad gemessen.

## Verletzte durch zwei Unfälle bei Boppard

Straße bei Weiler/Bad Salzig für mehrere Stunden gesperrt

**Boppard.** Gleich zwei Verkehrsunfälle meldete die Polizei Boppard am Donnerstagmittag. Im Bereich der K 118/L 212 bei Weiler/Bad Salzig kippte ein Lkw auf die Leitplanke und blieb in der Folge auf der Fahrerseite liegen.

Der Fahrer hatte im dortigen Steilstück offenbar im Kurvenbereich die Kontrolle über seinen mit sechs Kubikmetern Fäkalien beladenen Lastwagen verloren, war aus der Kurve getragen worden und dann über die Leitplanke auf die Seite gestürzt.

Dabei verletzten sich beide Insassen. Sie kamen laut Angabe der Einsatzkräfte nach Koblenz und Simmern in dortige Krankenhäuser. Die Feuerwehren aus Bad Salzig, Weiler, Boppard, Holzfeld und Hirzenach waren nach der Alarmerung um 13.14 Uhr umgehend an der Unfallstelle. Später kamen noch die Kameraden aus Buchholz sowie ein Gerätewagen des THW, Polizei und Straßenmeisterei, Notarzt und zwei Rettungsfahrzeuge hinzu.

Einer der beiden Insassen wurde bei dem Unfall in der Fahrerkabine eingeklemmt, der andere eingeschlossen. Die Feuerwehr befreite die beiden Unfallopfer aus der Fahrerkabine. Anschließend konnten sie von den Rettungskräften ver-

sorgt werden. Der Verkehr musste von Polizei und Straßenmeisterei örtlich umgeleitet werden, denn die L 212 musste durch die Polizei für mehrere Stunden voll gesperrt werden. Der entsprechende Rettungsdienst, der den Lastwagen wieder auf die Räder stellte, musste erst angefordert werden. Laut Polizei dauerte die beidseitige Sperrung der Landesstraße bis in die Abendstunden.

Der zweite Unfall ereignete sich nahezu zeitgleich nicht weit von der ersten Unfallstelle entfernt. Hier kam eine Frau mit ihrem Pkw in Höhe Hirzenach von der Fahrbahn ab. Die Unfallmeldung bei der Polizei ging um 13.10 Uhr ein. Weitere Fahrzeuge waren an dem Unfall nicht beteiligt.

Die Polizei schildert den Unfallhergang wie folgt: Aus noch ungeklärter Ursache war die Frau mit ihrem Auto von Boppard kommend in Richtung Oberwesel unterwegs, als sie eine Verkehrsinsel bei Hirzenach touchierte. Daraufhin wurde ihr Fahrzeug auf die Gegenfahrbahn geschleudert und prallte gegen die Leitplanke auf der linken Fahrbahnseite.

Die Frau verletzte sich dabei glücklicherweise nur leicht und wurde zur Beobachtung ins Krankenhaus gebracht. Ihr Auto war nicht mehr fahrbereit. Auf der B 9 stand während der Unfallaufnahme nur ein Fahrstreifen zur Verfügung. Gegen 14.30 Uhr konnte die Polizei die Bundesstraße wieder für den Verkehr freigeben. tor



Sechs Kubikmeter Fäkalien geladen hatte der Lkw, der bei Weiler/Bad Salzig im Kurvenbereich auf die Leitplanke stürzte und umkippte. Foto: Bach/Feuerwehr